Deutscher Bundestag **Drucksache 18/6940**

18. Wahlperiode 04.12.2015

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Karin Binder, Caren Lay, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/6327 –

Herdenschutz ist Wolfsschutz – Jetzt ein bundesweites Kompetenzzentrum aufbauen

A. Problem

Die Ergebnisse von Monitoringprogrammen der Bundesländer zum Wolf zeigen laut der Fraktion DIE LINKE. einen deutlichen Anstieg der in Deutschland lebenden Wölfe. Durch die erneute Siedelung des Wolfs in Deutschland nehmen Begegnungen von Wölfen mit Menschen, Weide- und auch Haustieren zu. Die Zukunft des Wolfes in der Bundesrepublik Deutschland hängt für die Antragsteller entscheidend von seiner Akzeptanz in der Gesellschaft ab. Aus diesem Grund muss für die Fraktion DIE LINKE. neben der Aufklärung der Öffentlichkeit der Interessenausgleich mit möglichen Konfliktgruppen, wie Weidetierhaltern und Jägern, im Vordergrund im Umgang mit dem Wolf stehen.

Mit dem Antrag auf Drucksache 18/6327 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, ein bundesweites Herden- und Wolfsschutz-Kompetenzzentrum einzurichten und bedarfsgerecht zu finanzieren, das mit den Bundesländern abzustimmenden Schwerpunkten – wie u. a. der Erarbeitung einer nationalen Strategie für einen integrierten Herden- und Wolfsschutz unter Einbeziehung von geschützten Biotopen und des vorsorgenden Hochwasserschutzes – vorrangig der Politikberatung dienen soll. Zudem soll die Bundesregierung aufgefordert werden, zum Aufbau und der langfristigen Absicherung der Arbeitsfähigkeit dieses Kompetenzzentrums bedarfsgerecht finanzielle Mittel im Entwurf des Bundeshaushaltes 2017 einzustellen und für künftige Haushaltsjahre einzuplanen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 18/6327.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/6327 abzulehnen.

Berlin, den 2. Dezember 2015

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Alois Gerig
Vorsitzender

Rita Stockhofe
Berichterstatterin

Petra Crone
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Harald Ebner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Rita Stockhofe, Petra Crone, Dr. Kirsten Tackmann und Harald Ebner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 130. Sitzung am 15. Oktober 2015 den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 18/6327** an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller weisen darauf hin, dass in Deutschland in den vergangenen Jahren in immer mehr Regionen und Bundesländern Wölfe gesichtet worden sind. Die Ergebnisse von Monitoringprogrammen der Bundesländer zum Wolf zeigen laut der Fraktion DIE LINKE. einen deutlichen Anstieg der in Deutschland lebenden Wölfe. Für das Monitoringjahr 2013/2014 wurden insgesamt 25 Wolfsrudel, acht Wolfspaare und drei sesshafte Einzelwölfe bestätigt. Durch die erneute Siedelung des Wolfs in Deutschland nehmen Begegnungen von Wölfen mit Menschen, Weide- und auch Haustieren zu. Die Fraktion DIE LINKE. weist darauf hin, dass es sich bei den Wölfen – einer schützenswerten Art – nach wie vor um Raubtiere handelt. Die Zukunft des Wolfes in der Bundesrepublik Deutschland hängt für die Antragsteller entscheidend von seiner Akzeptanz in der Gesellschaft ab. Aus diesem Grund muss für die Fraktion DIE LINKE. neben der Aufklärung der Öffentlichkeit der Interessenausgleich mit möglichen Konfliktgruppen, wie Weidetierhaltern und Jägern, im Vordergrund im Umgang mit dem Wolf stehen. Voraussetzung dafür ist für die Antragsteller eine zielgerichtete, sachliche und transparente Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit. Betriebe mit Weidetierhaltung sind für die Fraktion DIE LINKE. eine zentrale Bezugsgruppe, die beim präventiven Schutz ihrer Tiere unterstützt werden muss.

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/6327 soll die Bundesregierung aufgefordert werden,

1. ein bundesweites Herden- und Wolfsschutz-Kompetenzzentrum einzurichten und bedarfsgerecht zu finanzieren, das mit folgenden, mit den Bundesländern abzustimmenden Schwerpunkten vorrangig der Politikberatung dient:
   - Erarbeitung einer nationalen Strategie für einen integrierten Herden- und Wolfsschutz unter Einbeziehung von geschützten Biotopen und des vorsorgenden Hochwasserschutzes;
   - Erstellung eines nationalen integrierten Managementplans für Wolfs-, Biotop- und Herdenschutz;
   - Koordinierung des Forschungsbedarfs und der Forschungsvorhaben einschließlich der wissenschaftlichen Erkenntnisse aus der Verhaltensforschung zur Anpassung des Wolfes an die Bedingungen in den derzeitigen Ausbreitungsregionen in der Bundesrepublik Deutschland;
   - Initiierung angewandter Forschungsvorhaben mit dem Ziel, problemorientierte und praktikable Lösungen anzubieten;
   - Forschungsergebnisse zum Herdenschutz aus dem Wolfsmonitoring und Totfundmonitoring zu bündeln und zu vernetzen;
   - Aufbau eines bundesweiten Informationssystems über reale Risiken, effektive Maßnahmen zur Vorbeugung und Vermeidung von Schäden an Weidetieren;
   - Erarbeitung bundesweit einheitlicher Standards zur Schadensvermeidung in der Weidetierhaltung und Koordinierung eines einheitlichen Systems zur raschen Schadensregulierung;
   - Erarbeitung von Empfehlungen zum Einsatz von geeigneten Nutztierrassen und zur Herdenzusammensetzung in der Weidehaltung;
   - Entwicklung eines wirksamen Herdenschutzes durch unterschiedliche Herdenschutzsysteme; Entwicklung von bundesweiten Standards für Zucht, Ausbildung und Haltung von Herdenschutzhunden;

2. zum Aufbau und zur langfristigen Absicherung der Arbeitsfähigkeit des Kompetenzzentrums bedarfsgerecht finanzielle Mittel in den Entwurf des Bundeshaushaltes 2017 einzustellen und für künftige Haushaltsjahre einzuplanen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat in seiner 69. Sitzung am 2. Dezember 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/6327 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/6327 in seiner 45. Sitzung am 2. Dezember 2015 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, der Antrag der Fraktion DIE LINKE. für ein bundesweites Herden- und Wolfsschutz-Kompetenzzentrum sei faktisch hinfällig, da die Bundesregierung ein Kompetenzzentrum Wolf als Beratungs- und Koordinierungsstelle einrichte und die diesbezüglich erforderliche Ausschreibung von ihr bereits eingeleitet worden sei. Im vom Ausschuss am 25. November 2015 durchgeführten öffentlichen Fachgespräch „Herdenschutz – Der Wolf im Spannungsfeld von Land- und Forstwirtschaft und der Jagd“ seien von Expertenseite wichtige Notwendigkeiten zum Herdenschutz in Bezug auf den Wolf genannt worden. Herdenschutz als vorbeugende Maßnahme gegen Nutztierrisse durch Wölfe sei sowohl für hauptberufliche Halter von Nutztieren als auch für Hobbytierhalter angebracht. Da beide Halterarten Präventionsmaßnahmen durchführen müssten, sollten zukünftig bei den Entschädigungsleistungen die Hobbytierhalter den Berufshaltern gleichgestellt werden. Allerdings seien nicht in allen Gebieten Präventionsmaßnahmen in der Praxis durchführbar. So hätten im öffentlichen Fachgespräch Tierhalter zum Beispiel berichtet, dass im Bereich von Deichen verständlicherweise eine Einzäunung nicht stattfinden könne und hier Herdenschutzhunde – auch durch die stärkere Frequentierung der Deiche durch Menschen – nur bedingt eingesetzt werden könnten. Aus diesem Grund müssten einheitliche Standards für Präventionsmaßnahmen entwickelt werden, damit alle Bereiche abgegolten werden könnten.

Die **Fraktion der SPD** verdeutlichte, das öffentliche Fachgespräch des Ausschusses habe zusammen mit einem thematisch ähnlichen Gespräch des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit eine gute Beschreibung über die aktuelle Situation des Wolfs und des Herdenschutzes in Deutschland vermittelt. Beim Thema „Wolf“ plädiere sie für einen sachorientierten Umgang. Der Wolf dürfe weder verharmlost noch dämonisiert werden. Die Experten des öffentlichen Fachgespräches hätten belegt, dass die Maßnahmen zum Herdenschutz gut funktionierten. Der Wolf ernähre sich zu 99 Prozent von Wildtieren, dennoch bleibe jedes gerissene Nutztier eines zu viel. Aus diesem Grund müssten die Bundesländer in Erwägung ziehen, die Hobbyhalter von Schafen und Ziegen in die Förderung der Herdenschutzmaßnahmen einzubeziehen. Dazu gehöre auch die Ermöglichung der Förderung von Herdenschutzhunden, wofür geschultes Personal gebraucht werde. Die Fraktion der SPD lehne den Antrag der Fraktion DIE LINKE. für ein bundesweites Herden- und Wolfsschutz-Kompetenzzentrum ab, da Beratung, Information und finanzieller Ausgleich besser bei den Bundesländern aufgehoben seien. Die Bundesregierung leiste über ihre zuständigen Ressorts bereits breite fachliche Unterstützung. Dazu gehörten u. a. verschiedene Fachgespräche unter Einbeziehung von Verbänden und Ländervertretern sowie die bevorstehende Einrichtung der Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes für den Wolf.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, der Herdenschutz gehöre zu den zentralen Fragen, die über die Akzeptanz des Wolfes in Deutschland entscheiden werde. Im öffentlichen Fachgespräch des Ausschusses hätten die eingeladenen Expertinnen und Experten ausnahmslos dafür geworben, dass die Gesellschaft das Zusammenleben mit dem Wolf wieder erlernen müsse und dass hierfür bundeseinheitliche Strategien und Standards gebraucht würden. Zudem hätten sie sich für einen Schutz aller Herden ausgesprochen. Ein erfolgreiches Wolfsmanagement lasse Herdenschutzhunde bereits präventiv zum Einsatz kommen. Den Herdenschutzhaltern und Hundehaltern käme eine hohe Verantwortung zu. Neben dem Erwerb von notwendigem Know-how und Wissen sei der Einsatz geeigneter Hunderassen notwendig, die gegen den Wolf wehrhaft schützten, aber gleichzeitig ein sehr geringes Aggressionspotential gegenüber dem Menschen zeigten. Zu wenig sei bisher über die Höhe der Wildbestände und deren Interaktion mit dem Wolf bekannt. Vor diesem Hintergrund könne die Bundesregierung nicht stets auf die

Verantwortung der Bundesländer beim Wolf verweisen. Beim Wolfsmanagement trage der Bund neben den Ländern ebenso eine hohe Verantwortung. Er müsse sich, auch aus Gründen des Tierschutzes, stärker für den Herdenschutz bei Weidetieren in Deutschland engagieren. Das vom Bund geplante Kompetenzzentrum Wolf sei kein adäquater Ersatz für ein notwendiges Herden- und Wolfsschutz-Kompetenzzentrum im Rahmen eines bundesweiten Wolfsmanagements.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** äußerte, die von den anderen Fraktionen erwähnten öffentlichen Fachgespräche hätten beide zum Ergebnis gehabt, dass im Umgang mit dem wieder in Deutschlands Ökosystem vorkommenden Wolf noch Wissen, Erfahrungsschatz und Best-Practice-Beispiele fehlten. Aus diesem Grund müsse für ein neues Miteinander von Mensch und Wolf noch dazugelernt werden. Zu diesem Lernen gehöre, Erfahrungen zu sammeln und Kompetenzen zu bündeln, um sie entsprechend für alle Bürgerinnen und Bürger nutzbar zu machen. Die öffentlichen Fachgespräche zum Wolf hätten zum Ergebnis geführt, dass für einen erfolgreichen Herdenschutz über die bekannten föderalen Strukturen in Deutschland hinaus gedacht werden müsse. Dieser Empfehlung schließe sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an und korrigiere deshalb ihre bisherige Haltung im Deutschen Bundestag zur Forderung nach einem nationalen Kompetenzzentrum Herdenschutz, die von föderalen Erwägungen geprägt gewesen sei. Sie unterstütze den Antrag der Fraktion DIE LINKE., der die Bundesregierung auffordere, ein bundesweites Herden- und Wolfsschutz-Kompetenzzentrum einzurichten. Es sei im gesamtgesellschaftlichen Interesse, insbesondere im Interesse der Nutztierhalter mit Weidetieren, dass die Kompetenzen beim Herdenschutzmanagement bundesweit gebündelt würden.

2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/6327 zu empfehlen.

Berlin, den 2. Dezember 2015

Rita Stockhofe Berichterstatterin	**Petra Crone** Berichterstatterin	**Dr. Kirsten Tackmann** Berichterstatterin

Harald Ebner
Berichterstatter



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333